

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptkommissars zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Bezugspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mark 1,10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Veranstaltung: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpolige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 269

Donnerstag, den 17. November 1932.

87. Jahrgang

Berschärfung der innerpolitischen Spannung.

Voraussetzlicher Rücktritt des Kabinetts.

Berlin, 16. Nov. (Amtlich.) Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

Schneller als man erwartete, scheint sich das Schicksal Papens zu erfüllen. Noch in Dresden hat der Kanzler den etwas dunklen Satz gesprochen, sein Ziel sei die Mitwirkung der breiten Masse bei der Erneuerung der Grundfrage der Regierung. Aber die Vertreter der breiten Masse im Reichstag sind seine Todfeinde. Wollte Herr von Papen dem Schicksal entgehen, so müßte er den Reichstag wieder auflösen. Diese Absicht hat in seiner Vertretung leihm der Reichsinnenminister dem Reichsrat auszureden versucht. Würde der Kanzler mit dem Reichstag dennoch kurzen Prozeß machen, so kann er auf die Mitwirkung der „breiten Masse“ nicht rechnen.

Die Einladung des Kanzlers an die Sozialdemokraten zu einer Besprechung hat in Berliner politischen Kreisen Überraschung und wurde teilweise aufgenommen, weil man sich irgendeinen positiven Erfolg von derartigen Verhandlungen nicht versprechen konnte und weil man der Ansicht war, daß Erdörterungen mit der Sozialdemokratie nichts mit dem Auftrage des Reichspräsidenten auf Schaffung einer nationalen Konzentration zu tun haben könnten. Die Sozialdemokraten gaben dem Kanzler denn auch einen derben Korb.

Am Dienstagvormittag faßte der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Beschluß, die Einladung des Kanzlers abzulehnen. Diese Ablehnung wird in einer längeren Entschlüsselung begründet, in der es heißt, daß der Kanzler in zwei Reichstagswahlen zwei vernichtende Abfolgen erhalten hätte und daß die Verfassung ihm nicht das Recht gebe, weitere Verhandlungen zu führen. Sie verpflichte ihn vielmehr zum Rücktritt. Unter Bezugnahme auf das Borgehen gegenüber Preußen wird dann noch gesagt, daß den Kanzler „sein ganzes Verhalten als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet macht.“

Der Bußtag hat dann eine weitere Verschärfung der Lage gebracht. Am Mittwochvorm. erschienen zunächst, der Kanzlerinladung entsprechend, die Führer der Zentrumspartei in der Reichstagskammer. Reichskanzler von Papen trug ihnen vor, daß er vom Reichspräsidenten beauftragt sei, die Frage zu klären, ob und in welcher Form die Zentrumspartei bereit sei, sich an der vom Reichspräsidenten gewünschten nationalen Konzentration positiv zu beteiligen und auf den Boden des Regierungsprogramms zu treten. Prälat Raas stellte die Sache so dar, als ob die Zentrumspartei grundsätzlich zu einer nationalen Konzentration bereit sei, jede nationale Konzentration unter Papen jedoch kategorisch ablehne. Die Formen des Austritts des Zentrumsführers sollen im übrigen so unerfreulich gemessen sein, daß der Reichskanzler schon nach dieser ersten Unterredung davon überzeugt war, daß es mit diesen Methoden nicht weiterginge.

Im Anschluß an die Zentrumsführer erschien dann noch der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingel-

den, der ebenfalls eine längere Aussprache mit dem Reichskanzler hatte. Dingeldey erklärte sich mit dem Programm und der personellen Zusammensetzung der Reichsregierung solidarisch. Am Nachmittag fand dann der ebenfalls angekündigte Empfang des Führers der Bayerischen Volkspartei, des bayerischen Staatsrates Schäffer, statt, dessen Darlegungen haargenau den Ausführungen des Zentrumsführers Raas entsprachen.

Von nationalsozialistischer Seite war dem Kanzler mitgeteilt worden, daß man dort nicht bereit sei, mit dem Reichskanzler zu verhandeln, sondern direkte Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten wünsche.

Nach diesem völlig negativen Erfolge der Vorbereitungen wird das Kabinett nun am Donnerstagvormittag zusammengetreten, und man kann es nicht für ausgeschlossen halten, daß es angesichts dieser Sachlage den Beschluß des Gesamtrücktritts faßt, um den Weg für Verhandlungen anderer Art frei zu machen. Der Reichskanzler wird dann am Donnerstagvormittag dem Reichspräsidenten Vortrag halten, und dieser beabsichtigt, von sich aus noch einmal einen Versuch der Verständigung mit den Parteiführern zu unternehmen.

Nachdem der Reichskanzler wiederholt erklärt hat, an seiner Person werde keine neue Kombination scheitern, sind verschiedene Möglichkeiten des weiteren Vorgehens gegeben. Zunächst ist es denkbar, daß das Kabinett tatsächlich zurücktritt, falls der Reichspräsident einen solchen Beschluß (von dem natürlich noch nicht feststeht, ob er morgen wirklich vom Kabinett gefaßt wird) annimmt. Als wahrscheinlich gilt eine solche Lösung nicht, sondern man glaubt eher, daß der Reichspräsident ein eventuelles Rücktrittsgesuch abschlägig bescheiden wird, und daß er, während das Kabinett noch im Amte bleibt, durch geeignete Mittelpersonen eine neue Sondierung in der Richtung einleitet, ob auf der Grundlage der für die Zusammenarbeit in Betracht kommenden Parteien eine arbeitsfähige Regierung zustande gebracht werden kann. Für die Führung derartiger Verhandlungen im Auftrage des Reichspräsidenten kämen entweder Staatssekretär Reichner oder Dr. Bracht in Frage. Die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern werden voraussichtlich noch am Freitag und Sonnabend stattfinden, so daß sich in wenigen Tagen herausstellen muß, ob an Stelle des Kabinetts Papen überhaupt irgendeine andere Regierung gebildet werden kann. Bei diesen Verhandlungen wird das Zentrum voraussichtlich auch näher über seine Pläne sprechen. Was die Nationalsozialisten verlangen werden, steht noch nicht fest, aber von ihnen wird es auf jeden Fall abhängen, welche Entscheidung der Reichspräsident treffen wird. Bis jetzt

halten sie offenbar an der Forderung fest, daß Hitler Reichskanzler werden müsse. Ob der Reichspräsident diesmal nachgeben wird, wird jedoch bezweifelt.

Die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges der Verhandlungen beim Reichspräsidenten oder der Verhandlungen eines neutralen Beauftragten ist demgemäß sehr gering, besonders da jede neue Kombination sich nicht nur auf eine Personellliste beschränken darf, sondern auch die Arbeitsfähigkeit auf der Grundlage eines sachlichen Programms gegeben sein muß, das den Zielen des Reichspräsidenten, in der Praxis also im wesentlichen dem Programm des Kabinetts Papen, entspricht. Außerdem würde auch ein solches Kabinett den Charakter eines Präsidialkabinetts tragen müssen. Vielleicht einigt man sich auf eine langfristige Vertagung des Reichstags unter der Bedingung, daß Papen zurücktritt und vielleicht durch Goerdeler, Dr. Bracht oder Schleicher ersetzt werden ist. Scheitert auch dieser Versuch, dann würde voraussichtlich der Reichstag wieder aufgelöst werden.

Möglichkeit eines Gesamtrücktritts des Reichskabinetts.

wid. Berlin, 17. November. (Draht.) Das Reichskabinett hat sich heute vormittag 11 Uhr zu seiner angekündigten Sitzung versammelt. Der Kabinettsitzung gingen Einzelbesprechungen des Reichskanzlers voraus, nach deren Verlauf in politischen Kreisen der Eindruck vorherrscht, daß das Kabinett möglicherweise den Entschluß fassen wird, dem Reichspräsidenten seinen Gesamtrücktritt anzubieten.

Kommt das Kabinett zu diesem Entschluß, so wird es zunächst geschäftsführend im Amte bleiben. Der Reichspräsident hätte dann eine breitere Basis für seine Verhandlungen mit den Parteien.

Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß der Beschluß des Kabinetts betragend gegeben wird, ehe der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten hat.

Am 5 Uhr Empfang beim Reichspräsidenten.

Berlin, 17. November. Wie wir erfahren, wird der angekündigte Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten heute nachmittag um 5 Uhr stattfinden.

Hitlers schriftliche Antwort.

München, 17. November. Zu der Einladung des Reichskanzlers an Hitler zu einer Besprechung erfahren wir, daß Hitler die Einladung schriftlich beantwortet habe, daß aber vorläufig eine Veröffentlichung von nationalsozialistischer Seite unterbleibe.

Sachsen und seine besondere Lage im Reich.

Die Denkschrift des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dresden, 16. November. Bei seinem Besuch in Dresden wurde dem Reichskanzler von der sächsischen Staatsregierung eine Denkschrift überreicht, aus der wir die folgenden für Sachsens besondere Notlage charakteristischen Stellen veröffentlichen.

In Sachsen leben zur Zeit über zwei Fünftel der Einwohner von öffentlichen Unterhaltungen; fast jeder dritte nicht selbständige Erwerbstätige ist arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit setzte in Sachsen wesentlich früher ein als im übrigen Deutschland. Die Reserven des Landes wurden damit eher erschöpft.

Die Auswirkung einer solchen Arbeitslosigkeit auf die besonders konjunkturrempfindliche sächsische Gesamtwirtschaft war furchtbar.

Sie spiegelt sich in der Bewegung des Steueraufkommens. Sachsen war früher stets der beste Steuerzahler in Deutschland. Es wies 1928 mit 67,07 RM. je Kopf der Bevölkerung relativ noch das bei weitem höchste Einkommensteueraufkommen im Reich auf (Reichsdurchschnitt 49,80 RM.). Das Einkommen sank in Sachsen bis 1931 von 67,07 auf 39,80 RM. je Kopf, also um 41 v. H. gegen nur 31 v. H. im Reichsdurchschnitt. 1932 wird es den Kopf des Reiches erreichen, wenn nicht unterbrechen.

Die Ausnützung der industriellen Anlagen ist in Sachsen, gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, im

August 1932 auf 33,8 v. H. gesunken, die Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeitnehmer fiel bereits von 1928 bis 1930 um 23,7 v. H. (im Reich um 17,4 v. H.), im Rheinland um 14,8 v. H.).

Der Niedergang der Industrie führte bei der von ihr abhängigen Landwirtschaft zu einer entsetzlichen Verschlechterung der Abfahrgeschäfte

und damit zu der Unmöglichkeit, die, wie oben erwähnt, in Sachsen besonders hohen Lasten zu tragen. Die Berechnungen der sächsischen Landwirtschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse sanken von 1928 zu 1931 bei Roggen um 31,7 Prozent, bei Frischmilch um 27,3 Prozent, bei Schlachttier um 31,7 Prozent. Die Folge war eine schnelle Vermehrung der Zwangsversteigerungen. Die Zahl der eingeleiteten Versteigerungsverfahren hat sich nach dem Ergebnis des 2. Vierteljahres 1932 in den letzten Jahren vervierfacht.

Nicht minder hart als die Privatwirtschaft traf die Krise die öffentliche Wirtschaft

von Staat und Gemeinden in Sachsen. An Einkommensteuerüberweisungen erhielt das Land Sachsen auf den Kopf der Bevölkerung 1928: 52,18 RM. — 1931: 28,01 RM. — 1932: Nach den letzten Schätzungen des Reichsfinanzministeriums 19,56 RM., also wenig mehr als ein Drittel von 1928. Dabei bildeten die Reichssteueran-

Tageschau.

* Der Reichskanzler hat die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt telegraphisch abgesagt.

* Die politische Lage in Berlin hat sich zugespitzt. Die Sozialdemokraten haben die Einladung zu einer Besprechung abgelehnt, Zentrum und Bayerische Volkspartei lehnten kategorisch jede nationale Konzentration unter Papen ab. Die Nationalsozialisten ließen mitteilen, daß sie nicht bereit seien, mit dem Reichskanzler zu verhandeln, sondern direkt Besprechung mit dem Reichspräsidenten wünschten.

* Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Gesamtrücktritt beschlossen wird. Am 5 Uhr nachmittags wird der Kanzler zum Reichspräsidenten gehen.

* Im Kabinettsrat des Bayerischen Landtages wurde der Konflikt zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei wegen der Ausschließung von 41 Nationalsozialisten beigelegt.

Der im Zusammenhang mit den Genfer Anträgen verhaftete Sozialistenführer Nicole steht seit zwei Tagen im Hungerstreik.

*) Ausführliches an anderer Stelle.